

FBP

«Wir leben immer länger!! – Leider??»

VADUZ – Nach dem grossen Erfolg der ersten beiden Abende unserer Reihe der Vaduzer Traktanden zum Thema «Lebensraum Vaduz: Wie soll er sich entwickeln?» und «Künftige Entwicklung unserer Gesellschaft: Wie muss sich die Gemeinde darauf einstellen?» starten wir nun gleich zu Beginn des neuen Jahres mit einem dritten Themenschwerpunkt.

VADUZER TRAKTANDEN

Unter dem Titel «Wir leben immer länger – leider...» möchten wir Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung im Zusammenhang mit der ständig wachsenden Lebenserwartung diskutieren: Was bedeutet die höhere Lebenserwartung für die Alterspolitik der Gemeinde? Welche infrastrukturellen Bedürfnisse sind zu beachten? Sind Einrichtungen wie ein Altersheim heute noch zeitgemäss und wünschenswert oder gibt es völlig anders gelagerte Bedürfnisse?

Für das Impulsreferat konnten wir mit Walter Kaufmann, dem stellvertretenden Direktor und Leiter des Rechtsdienstes der AHV-IV-FAK, einen Fachmann gewinnen. Walter Kaufmann wird das Thema nicht isoliert unter dem Aspekt der AHV betrachten, sondern sich vielmehr auch mit Zukunftsszenarien unter dem Fokus der älter werdenden Gesellschaft befassen. Auf seine Ausführungen und die anschliessende Diskussion darf man also mit Sicherheit sehr gespannt sein.

Wir laden alle Interessierten, Jung und Alt, recht herzlich ein, aktiv an der Gestaltung der Gemeindepolitik teilzunehmen und das Interesse an der künftigen Entwicklung unserer Heimat mit dem Besuch dieser Veranstaltung am Montag, 17. Januar, um 19.30 Uhr im Kellertheater des Vaduzer Saals zu bekunden. Wir hoffen auf zahlreiches Erscheinen. FBP-Ortsgruppe Vaduz

FBP

Einladung zum Seniorennachmittag der FBP Schaan

SCHAAN – Wie jedes Jahr im Januar, laden wir auch heuer die geschätzten Seniorinnen und Senioren unserer Gemeinde zum traditionellen Seniorennachmittag der FBP-Ortsgruppe Schaan ein. Dieser fröhliche und garantiert kalorienreiche Anlass findet am Sonntag, den 16. Januar, um 14 Uhr im Pfarzentrum in Schaan statt. Für tolle Unterhaltung ist bestens gesorgt. Auf euer zahlreiches Kommen freuen wir uns sehr. FBP-Ortsgruppe Schaan

NACHRICHTEN

Verordnung zum Sorgfaltspflichtgesetz

VADUZ – Die Regierung hat in ihrer Sitzung vom 11. Januar 2005 die revidierte Sorgfaltspflichtverordnung genehmigt. Die neue Sorgfaltspflichtverordnung wird zusammen mit dem revidierten Sorgfaltspflichtgesetz, welches in der November-Session des Landtages verabschiedet worden ist, am 1. Februar 2005 in Kraft treten. Damit ist die Totalrevision des Sorgfaltspflichtrechts, mit der in erster Linie die 2. EU-Geldwäscherichtlinie in nationales Recht umgesetzt wird, nunmehr abgeschlossen.

Des Weiteren hat die Regierung beschlossen, die Richtlinie 2001/2 über die Durchführung von Kontrollen nach dem Sorgfaltspflichtgesetz und die Richtlinie 2002/1 über die Überwachung der Geschäftsbeziehungen aufzuheben. Die dadurch entstehenden Regelungslücken sind durch Erlass neuer Richtlinien zu schliessen. Hierfür ist gemäss dem revidierten Sorgfaltspflichtgesetz sowie der revidierten Sorgfaltspflichtverordnung nunmehr die Finanzmarktaufsicht (FMA) Liechtenstein zuständig. (paf)

Mit transparenter Politik die Bevölkerung ins Boot holen

Regierungschef-Stellvertreterin Rita Kieber-Beck im Radio-Liechtenstein-Talk

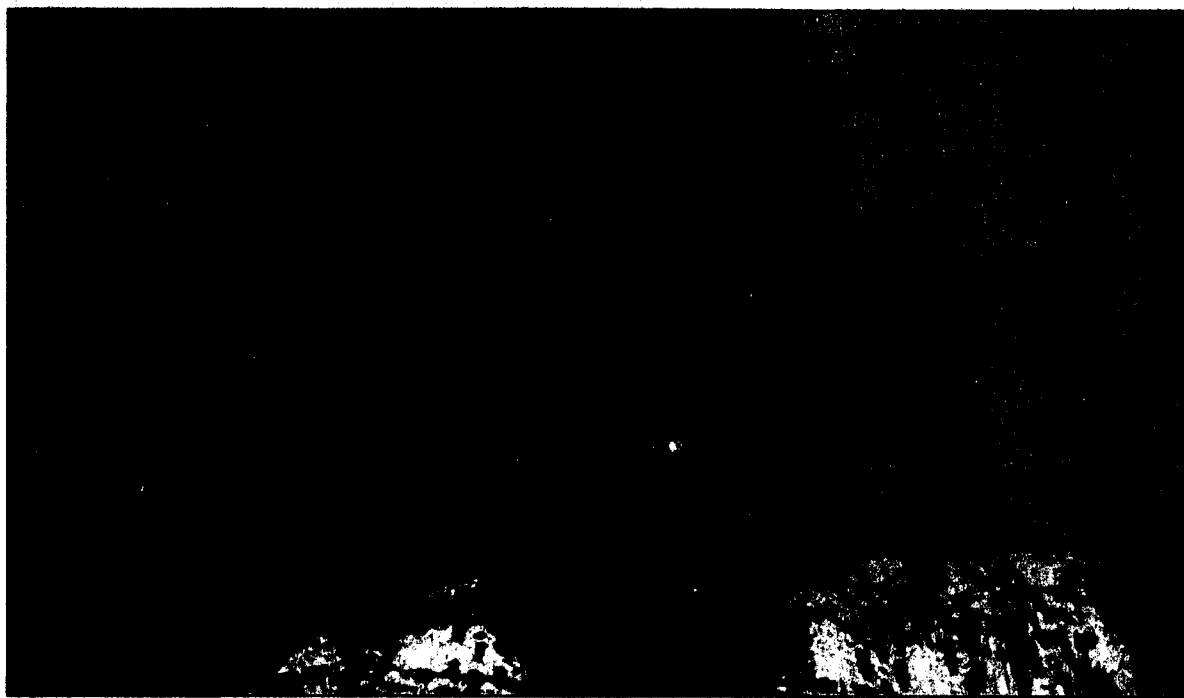
TRIESEN – Sie habe in den letzten vier Jahren Mammutressorts betreut, stellte Radio-Liechtenstein-Redaktor Harald Reiterer bei der Begrüssung von Regierungschef-Stellvertreterin Rita Kieber-Beck zum Polit-Talk fest. In der Tat: Der Leistungsausweis ist enorm, die Perspektiven und Ideen für eine Fortsetzung der Arbeit vorhanden.

• Peter Knecht

Bescheiden stellte die amtierende Regierungschef-Stellvertreterin Rita Kieber-Beck im Radio-Liechtenstein-Polit-Talk fest, dass ihre Arbeit in den vergangenen Jahren zwar intensiv, dennoch interessant gewesen sei. «Vieles musste bereinigt werden», so Kieber-Beck trocken. Man habe in ihren Regierungsressorts sehr viele grosse Projekte umgesetzt, daneben aber auch kleine und mittlere Anliegen nicht vernachlässigt. Die Grossprojekte, welche die Regierungschef-Stellvertreterin auszugsweise aufzählte, sind ein Sammelsurium an Korrekturen, neuen Vorlagen und zeitgemässen Revisionen. Im Zentrum stehen die Bemühungen um die Geldwäschereibekämpfung, die Rückintegration der LBA in die Verwaltung («da sparen wir uns jährlich eine halbe Million ein»), das neue Gesetz über den Liechtensteinischen Rundfunk, die Totalrevision des Lehrerdienstgesetzes, ein verbessertes Stipendengesetz und auch die Evaluation eines neuen Verkehrsmittels.

Volk einbeziehen

Zur Verkehrsthematik befragt, hielt Rita Kieber-Beck fest, dass die Regierung in den letzten vier Jahren eine neue, erfolgsversprechendere Vorgehensweise zur Lösungsentwicklung gefunden habe. «Früher wurden von der Regierung Projekte ausgearbeitet, die dann dem Volk zur Abstimmung vorgelegt wurden. Die Erfahrung hat gezeigt, dass all diese Projekte gescheitert sind. Wir integrieren die Bevölkerung schon von An-



Regierungschef-Stellvertreterin Rita Kieber-Beck zum Mobilfunk: Die Regierung nehme die Sorgen der Bevölkerung ernst und wolle die Gesundheit der Menschen schützen.

fang an, damit Ideen und Projekte bereits im Anfangsstadium breit getragen werden. Wir wollen Verständnis für die Verkehrsproblematik schaffen.» Nicht zuletzt würden aus diesem Grund auch mehrere öffentliche Informations- und Diskussionsveranstaltungen durchgeführt.

Offen für Massnahmen

Erfreulich sei, so Rita Kieber-Beck, dass die Bevölkerung auf diese neue Art der Verkehrspolitik positiv reagiert habe. Es habe sich gezeigt, dass die Menschen offen sind für neue Lösungen und dass der Handlungsbedarf in der Verkehrsfrage für die nächsten 10 bis 15 Jahre erkannt sei. Es gebe verschiedene Lösungsansätze, die nun vertieft diskutiert werden. «Wichtig ist, die Bevölkerung hinter sich zu wissen», so die Regierungschef-Stellvertreterin. Es sei klar, dass in den Individualverkehr und in den öffentlichen Verkehr investiert werde; «jede Lösung kostet aber Geld».

Zur Thematik «Letztunnel» angesprochen, hielt die Verkehrsministerin fest, dass Liechtenstein bei ei-

ner Umweltverträglichkeitsprüfung selbstverständlich Parteistellung beantragt habe. Grundsätzlich müsse Österreich Liechtenstein sicherlich nicht fragen, ob ein Projekt errichtet werden dürfe. «In Liechtenstein dürfen wir auch nicht über unsere Landesgrenzen hinaus planen.» Einerseits sei Liechtenstein – wegen der Pendler – auf eine gute Verkehrsanbindung angewiesen, andererseits wehre sich Liechtenstein dezidiert gegen Mehrverkehr im Sinne von Transitverkehr.

Während in Sachen Letztunnel mit Vorarlberg kontroverse Diskussionen geführt werden, ist sich Liechtenstein mit dem österreichischen Bundesland und Nachbarn in Fragen des öffentlichen Verkehrs grundsätzlich einig. «Es soll über einen Ausbau der Schiene zwischen Feldkirch und Buchs nachgedacht werden», so Kieber-Beck. Die ÖBB verfüge über eine gültige Konzession in Liechtenstein und sei herzlich eingeladen, in die Infrastruktur zu investieren, sofern diese dem Personennahverkehr dienlich ist. Anstelle eines vollumfänglichen zweigleisigen Ausbaus der Strecke könne sie sich auch ei-

nen partiellen Ausbau vorstellen, um den Bedürfnissen gerecht zu werden.

PISA: Auf dem Boden bleiben

Als Bildungsministerin hielt Rita Kieber-Beck fest, dass man nach den PISA-Ergebnissen (Liechtenstein belegte bekanntlich international den hervorragenden 5. Platz) auf dem Boden bleiben müsse. Freude sei zwar angebracht. Gleichzeitig müsse man aber mit allem Nachdruck darauf hinarbeiten, diese Stellung und Qualität zu halten.

Tiefere Grenzwerte?

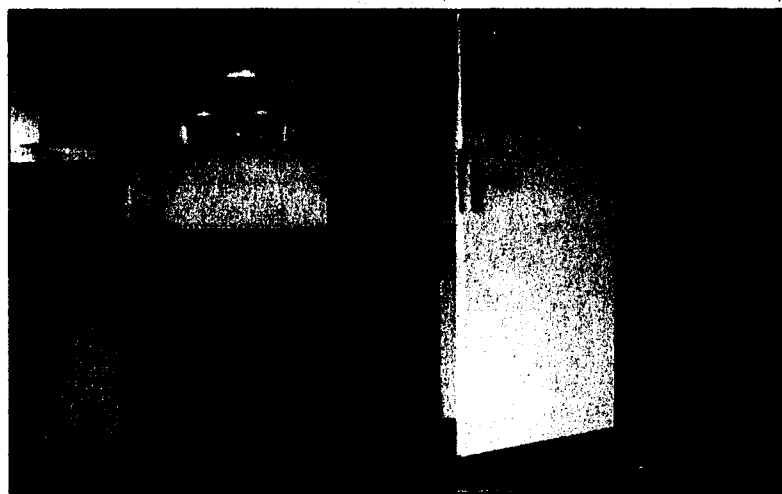
Mit deutlichen und konkreten Worten bezog die Regierungschef-Stellvertreterin auch in Sachen Mobilfunk Stellung. «Die Grenzwerte sollen so tief wie möglich, aber technisch noch möglich sein.» Die Regierung nehme die Sorgen der Bevölkerung sehr ernst und vertrete die Ansicht, die Gesundheit der Menschen umfassend zu schützen. Aus diesem Grund habe man die Thematik auch einer vertieften Studie zugeführt, um die offenen Fragen zu klären.

Die Liechtensteiner Mieten stagnieren

Schweizer Mietzinse auf höchstem Stand seit zwei Jahren

VADUZ/ZÜRICH – Die Schweizer Mietzinse sind gemäss dem homegate.ch-Angebotsindex Ende Dezember auf den höchsten Stand seit dem Start der Erhebung im Jahr 2002 gestiegen. Für 2005 wird in der Schweiz mit einer weiteren Erhöhung gerechnet. In Liechtenstein herrscht eine stagnierende Mietpreisentwicklung.

Die Schweizer Mietzinse sind auf Höchststand. Innert Jahresfrist wurde ein Anstieg um 1,3 Prozent errechnet, wie homegate.ch gestern Donnerstag mitteilte. In Liechtenstein, wo seit Jahren ein höheres Mietpreisniveau als in der Nachbarschaft herrscht, scheinen die Mieten offenbar den Höchststand überschritten zu haben. Dies bestätigen Liechtensteiner Immobilien-Experten auf Volksblatt-Anfrage. «Die Überhitzung, unter anderem wegen des Zuzugs der zahlreichen Banken, hat sich in den letzten zwei, drei Jahren abgekühlt», er-



Eine Konsolidierungsphase im Liechtensteiner Mietmarkt ist noch im Gange.

klärt Eric Marxer von Marxer Immobilien Vaduz. Ein anderer Immobilienkennner, der ungenannt bleiben möchte, sprach wie Marxer von stagnierenden Preisen. Die Preisabsenkung sei noch nicht markant. Wegen des etwas erhöhten Leerbestandes als in früheren Jahren und wegen des tiefen Hypothekenzinses werden sich die Mietprei-

se in absehbarer Zukunft «sicher nicht erhöhen». Das steht im Gegensatz zur Schweiz, wo für 2005 mit einer weiteren Erhöhung gerechnet wird.

Unterland und Oberland angeglichen

Während der letzten zwei, drei Jahre haben sich die Mietpreise zwi-

schen Unter- und Oberland ziemlich angeglichen, wie Marxer sagt. Es herrsche ein guter Markt für Mieter. «Der Mieter kann wählen.» Für eine «normale» 4 1/2 Zimmer-Wohnung zahle man immer noch zwischen 1850 bis 1950 Franken. Eher tiefere Mieten als noch vor Jahren sind für luxuriöse Wohnungen zu berappen. Bei diesen habe eine höhere Absenkung stattgefunden.

Sehr beliebt ist in Liechtenstein laut Marxer Stockwerkeigentum, was wiederum dazu führe, dass das Mietwohnungsangebot steige.

Büroraum bereits billiger

Die Abkühlung der Preisüberhitzung hat auch bei den Büromieten zu Absenkungen geführt. Laut Marxer sind die Verhandlungen jedoch schon längere Zeit über die Bühne gegangen.

Da in nächster Zukunft von den Banken nur eine geringe Hypothekenzinserhöhung von 0,5 Prozent zu erwarten ist, stehen auch keine Mieterhöhungen ins Haus. (mr/sda)